Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,900.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 145. Freitag den 25. Mai 1883. 77. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das 4. Stück des diesjährigen Gesetz- und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen ist bei uns eingegangen und wird bis **zum 9. Juni d. Js.** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen. Dasselbe enthält:

Nr. 13. Bekanntmachung, die Concessionirung der Hamburg-Bremer Feuerversicherungs-Gesellschaft in Hamburg betreffend; vom 19. April 1883.

Nr. 14. Bekanntmachung, den zwischen dem Königreich Sachsen und dem Königreich Preußen wegen Regelung von Differenzen in den Grenzparochien Großdälzig und Quesitz abgeschlossenen Receß betreffend; vom 25. April 1883.

Nr. 15. Verordnung, die Ermittelung der landwirthschaftlichen Bodenbenutzung im Jahre 1883 betreffend; vom 26. April 1883.

Nr. 16. Bekanntmachung eines anderweiten Nachtrags zu den Statuten des Albrechtsordens vom 4. Mai 1883.

Leipzig, am 23. Mai 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Br.

Bekanntmachung.

Heute ist von uns Herr Referendar
Paul Theodor Lobse
als Rathsreferendar angestellt und verpflichtet worden.

Leipzig, am 22. Mai 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Das vom Stadtrathe zu Rosswein unter dem 2. März 1878 für **Franziska Selma Haferland** aus **Döbeln** ausgestellte Dienstbuch ist verloren gegangen und im Auffindungsfalle an uns abzugeben.

Leipzig, am 19. Mai 1883.

Das Polizei-Amt daselbst.
Bretschneider.

Vermiethung
von Geschäfts- bez. Wohnungs-Räumen.

Die in dem Grundstück **Kleine Fleischergasse Nr. 5 (Vetter's Hof)** von der Reichs-Postverwaltung **bis zum 1. October 1892 fest angemietheten**, bisher von dem Kaiserlichen Telegraphenamte benutzten Räume einschließlich der Dienstwohnung des Telegraphendirectors, **sollen vom 1. October d. J. bez. von einem noch zu vereinbarenden anderen Zeitpuncte ab** — in Folge der Verlegung des Telegraphenamtes in das Postgebäude am Augustusplatze — **ganz oder getheilt anderweit auf längere oder kürzere Zeit vermiethet werden.** Die zu vermiethenden Räume umfassen das 1., 2. und 3. Stockwerk des Vordergebäudes an der Kleinen Fleischergasse, bestehend je aus einem dreifenstrigen Zimmer und 2 zweifenstrigen nach der Straße belegenen Zimmern, einem geräumigen Vorsaal und Nebenräumen, mit gegen 120 Qu.-Meter Flächenraum, sowie das 2. und 3. Stockwerk des im Hofe belegenen Quergebäudes, im 2. Stock die großen Apparatsäle mit gegen 290, im 3. Stock Wohnungsräume mit 290 Qu.-Meter Flächenraum. Miethspreise 450 bis 1000 ℳ.

Nähere Auskunft ertheilt das Kaiserliche Telegraphenamt, bei welchem auch die Grundrißzeichnungen eingesehen werden können. Die Besichtigung der Räume ist in den Vormittagsstunden von 9 bis 11 Uhr gestattet.

Miethlustige wollen ihre Angebote unter näherer Bezeichnung der Räume und der beabsichtigten Verwendung derselben **an die Kaiserliche Ober-Postdirection einreichen**, von welcher der Zuschlag auf annehmbare Gebote sofort erfolgen wird.

Leipzig, 21. Mai 1883.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Königlichen Amtsgerichte soll das den Erben **Frau Johanne'n Marie'n verw. Grunert geb. Zeising** gehörige, unter Nr. 22 an der Reichsstraße gelegene, Folium 221 im Grund- und Hypothekenbuche für die Stadt Leipzig eingetragene Hausgrundstück auf Antrag der Erben

am 9. Juni 1883

freiwillig versteigert werden.

Es haben sich daher diejenigen, welche dieses Grundstück zu ersteh en gesonnen sind, am gedachten Tage, Vormittags vor 12 Uhr, widrigenfalls sie zum Bieten nicht zugelassen werden, an hiesiger Gerichtsstelle anzumelden, über ihre Zahlungsfähigkeit auszuweisen, ein Gebot zu thun und sich zu gewärtigen, **daß nachmittags 12 Uhr** nach Auctionsgebrauch werde verfahren und **das Grundstück dem** Meistbietenden werde zugeschlagen werden.

Leipzig, den 12. Mai 1883.

Königliches Amtsgericht, Abtheilung V, Section 2.
von Otterstein. Fr.

Nichtamtlicher Theil.

Die italienische Ministerkrisis.

Depretis ist durch seinen parlamentarischen Sieg über die Gruppen Nicotera-Crispi-Cairoli einerseits und Fortis und Genossen andererseits zum Herrn der Lage geworden, 348 Mitglieder der Deputirtenkammer haben ihm ihr unbedingtes Vertrauen ausgedrückt und nur 29 Republikaner und Irredentisten haben sich als Gegner seiner Politik bekannt, die Uebrigen von der Linken, welche den Kampf gegen das Ministerium aufnahmen, 5 an der Zahl, haben sich der Abstimmung enthalten.

Das war die Lage am 19. Mai und drei Tage später theilte Depretis der Kammer mit, daß Meinungsverschiedenheiten im Schooße des Ministeriums dasselbe bewogen hätten, seine Entlassung einzureichen, diese sei vom König angenommen und er, Depretis, mit der Neubildung beauftragt worden. Für die Erledigung dieses wichtigen Auftrags hat er die Kammern um Frist bis zum 30. Mai ersucht. Wir wissen aus den Kammerverhandlungen vom 19. Mai, daß der Bauenminister Baccarini und der Justizminister Zanardelli nicht vollkommen einer Meinung mit dem Ministerpräsidenten Depretis sind; beide Minister wollen auch in der neuen Entwickelungsphase, in welche Italien nach der Abstimmung vom 19. Mai getreten ist, ihrer alten Parteistellung treu bleiben. Depretis wird der letzte sein, ihnen dieses Privatvergnügen zu verkümmern, wenn das nur keinen Einfluß auf ihre ministerielle Amtsführung hat, denn er selbst ist ja seinen politischen Grundsätzen ebensowenig untreu geworden, er hat nur begriffen, daß sich innerhalb der Parteien eine Wandlung vollzogen hat, daß die schroffen Unterschiede verschwunden sind und daß es einen neutralen Boden giebt, auf welchem Liberale und Conservative mit einander gemeinsam zum Wohle des Staates thätig sein können. Die Kammer hat in ihrer großen Mehrzahl dieser Auffassung ihre Zustimmung gegeben, sie hat durch ihr Votum vom 19. Mai erklärt, daß sie an der monarchischen Staatsform festhält, daß sie die Bestrebungen der Irredentisten verwirft und daß sie die auswärtige Politik Mancini's billigt, also mit der Annäherung Italiens an Oesterreich und Deutschland einverstanden ist. Das sind drei sehr wichtige Puncte, und wenn man noch hinzunimmt, daß die Finanzpolitik Magliani's von derselben Mehrheit als die richtige anerkannt wird, so müssen es in der That sehr subtile Erwägungen sein, welche den Bauenminister Baccarini und den Justizminister Zanardelli bestimmen, aus reinen Parteiscrupeln ihre Portefeuilles abzugeben. Im Grunde genommen ist deshalb eine Ministerkrisis im eigentlichen Sinne nicht vorhanden, es handelt sich nur um die Gewinnung von zwei Männern, vielleicht nur eines Mannes, welcher im vollen Einverständniß mit den übrigen Mitgliedern des Ministeriums seine Kraft einzusetzen bereit ist. Eine bessere Gelegenheit, um der vollzogenen neuen Parteibildung auch im Schooße des Ministeriums selbst Ausdruck zu geben, ist nicht leicht denkbar, denn wer wäre wohl in diesem Augenblicke geeigneter die durch den Austritt Baccarini's im Ministerium entstehende Lücke auszufüllen, als Minghetti, dessen rückhaltlose Zustimmung zur Regierungspolitik trotz seiner Parteistellung als Mitgliedes der Rechten der Kammer das Mißtrauensvotum Nicotera's erst hervorgerufen hat? Minghetti war es, welcher in der Sitzung vom 12. Mai am Schluß seiner großen bedeutenden Rede der Regierung für den Fall seine kräftige Unterstützung zusagte, daß sie den Wunsch hege, nachdem sie der Demokratie ihre Pforten geöffnet, nun auch die Institutionen zu befestigen und dem Staat immer höhere Kraft zu verleihen. Depretis hat die Unterstützung Minghetti's und seiner Partei in diesem Sinne angenommen und dieser hat sein gegebenes Wort am 19. Mai eingelöst. Die Niederlage, welche Nicotera, Crispi und Cairoli an diesem Tage erlitten haben, könnte nicht wirkungsvoller ausgenutzt und besiegelt werden, als durch den Eintritt Minghetti's in das Ministerium.

Doch wenden wir unsere Blicke auf die bereits bekannten Thatsachen zurück; wir werden uns dann zunächst der wichtigen Erklärung des Justizministers Zanardelli erinnern, daß die Meinungsverschiedenheiten, welche zwischen ihm und Depretis in Bezug auf die Auflösung politischer Vereine bestanden, heute nicht mehr vorhanden sind; der Justizminister ist also mit Depretis darüber vollkommen einverstanden, daß die Regierung kräftig gegen die irredentistischen Umtriebe einschreiten muß. Davon legt der Proceß, welcher am 22. Mai gegen die Veranstalter der Kundgebungen auf der Piazza Sciarra begonnen hat, aufs Neue Zeugniß ab. Es sind ernste Dinge, welche den Angeklagten Schuld gegeben werden: sie sollen den Staat einer Kriegserklärung ausgesetzt haben, sie werden der Beleidigung des Staatsoberhauptes und der Herbeiführung des politischen Mordes beschuldigt. Die Beschimpfung des Wappens einer auswärtigen Macht legt allerdings die Gefahr eines Krieges für einen Staat nahe, dessen Regierung eine solche That ungeahndet lassen wollte, und wenn die Büste des Mörders Oberdank als die eines Märtyrers feierlich enthüllt wird und die italienische Regierung das hätte stillschweigend geschehen lassen, so würde sie ebenfalls den Vorwurf auf sich geladen haben, daß sie die That Oberdank's insgeheim billige. Depretis war ja sogar gezwungen, gegen diese Verleumdung in öffentlicher Kammersitzung Protest einzulegen. Crispi hatte einen ganz eigenthümlichen Modus gefunden, um seinen geheimen Sympathien für die Irredentisten Ausdruck zu geben, indem er von dem geographischen Italien sprach, dem man die Zukunft nicht abschneiden dürfe. Er hatte offenbar, als er dieses verhängnißvolle Wort in der Kammer aussprach, noch nicht volle Klarheit darüber gewonnen, ob nicht die Bestrebungen der Irredenta doch schließlich die Mehrheit gewinnen würden, denn bei einem so ehrgeizigen Manne wie Crispi ist stets die Vermuthung gerechtfertigt, daß er seine Reden danach einrichtet, um auf Grund derselben in einem gegebenen Zeitpunct wieder in die Regierung eintreten zu können.

Oesterreich und Deutschland wissen heute, was sie den Crispi's Gesinnungen zu halten haben, und wenn auch die Politik des Ministeriums Depretis weder von Wien noch von Berlin kreditirt wird, so ist es doch selbstverständlich, daß man einen befreundeten Staat nicht beleidigen darf, wenn man die Freundschaft mit ihm fortsetzen will. Nach den Ereignissen der letzten Wochen ist die Annahme gerechtfertigt, daß Italien aufrichtige Sympathien für Oesterreich und Deutschland hegt, und daß es das mit beiden Mächten abgeschlossene Bündniß billigt; damit ist den Nicotera, Crispi und Cairoli für alle Zeiten der Wiedereintritt in die Regierung abgeschnitten, wir wissen, in welchem Lager unsere Freunde und in welchem unsere Feinde in Italien zu finden sind. Die Letzteren sind, wie das Ergebniß der Abstimmung vom 19. Mai gezeigt hat, nicht allzu zahlreich und wir können mit Genugthuung die Thatsache constatiren, daß hinter dem Ministerium Depretis die große Mehrzahl des italienischen Volkes steht. Für Frankreich ist das eine neue bittere Erfahrung, denn diese Macht hat es aus dem Munde des Irredentisten Fortis gehört, daß seine Partei den Anschluß Italiens an die Westmächte für die bessere Politik hält.

Die Ministerkrisis in Rom wird bald überwunden sein und dann tritt das Königreich Italien in eine neue Aera der friedlichen und gedeihlichen Entwicklung ein. Der Wunsch, welchen wir neulich an dieser Stelle äußerten, ist in Erfüllung gegangen, die Parteiverhältnisse Italiens, die lange Zeit hindurch verworren und verschwommen waren, haben sich geklärt, die Volksvertreter sind ihrer großen Mehrzahl darüber ins Klare gekommen, was ihrem Vaterlande frommt, sie haben eingesehen, daß sie nicht länger Phantastereien und Abenteuern nachhängen dürfen, wenn Italien seinen Platz innerhalb der europäischen Großmächte gebührend ausfüllen will. Einen Verbündeten, wie das heutige Italien, das weiß, was es will, können wir herzlich willkommen heißen, unter einem Ministerium Nicotera-Crispi würde sich Italien niemals zu der Höhe empor geschwungen haben, die es heute unter der klugen und gesinnungstüchtigen Führung von Depretis und Mancini erreicht hat. Wir wünschen dem reconstruirten Ministerium Depretis eine lange und gesegnete Regierung.

Leipzig, 25. Mai 1883.

* Zur Lage wird uns aus Berlin vom Mittwoch geschrieben: „Der Kaiser wohnt täglich bei vollkommenem Wohlsein und erfreulicher Frische den Uebungen der Truppen bei Berlin bei. Der hohe Herr hat die Absicht, Berlin erst dann zu verlassen, wenn diese militairischen Exercitien, die seine ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen, ihr Ende erreicht haben werden und dies wird, wie in militairischen Kreisen verlautet, erst am 30. Mai der Fall sein, an welchem Tage die große Frühjahrsparade in Potsdam stattfindet. Ueber die Reisedispositionen Sr. Majestät verlautet mit Bestimmtheit, daß derselbe zur Erholung von den Truppen-Inspectionen zunächst für einige Zeit nach Babelsberg übersiedeln und diesen Aufenthalt in der Mitte des nächsten Monats mit Bad Ems vertauschen wird. Hier wird der Kaiser, wie alljährlich, seine Cur gebrauchen, für kurze Zeit nach der Mainau gehen und von dort zu längerem Aufenthalt nach Gastein. Diese Reisedispositionen haben bei ihrem Bekanntwerden eine Menge von Gerüchten erzeugt. Es wird nämlich vielfach behauptet, daß der Kaiser seine diesjährige Gasteiner Reise in Gesellschaft des Reichskanzlers unternehmen wird, weil dieselbe diesmal einen hochpolitischen Charakter haben soll. Fast alljährlich, seitdem Kaiser Wilhelm das Gasteiner Bad aufsucht, findet daselbst eine Entrevue zwischen ihm und dem Kaiser von Oesterreich statt. Die Begegnung ist noch niemals von politischen Motiven dictirt gewesen, sie waren ein Beweis des erfreulichen Einvernehmens zwischen den beiden Souveränen und zugleich ein Act der Courtoisie des Kaisers Franz Josef. Diesmal soll in Gastein eine Begegnung dreier Monarchen und zwar derer der Tripelallianz stattfinden und das ist es eben, was den Aufenthalt unseres Kaisers daselbst zu einem politisch bedeutsamen stempeln würde. Die Souveraine wollen jedoch nicht allein, sondern in Begleitung ihrer Rathgeber zusammentreffen, und wie Fürst Bismarck wird sich auch Graf Kalnoky und Herr Mancini in Gastein einfinden. So lautet eines der vielen Gerüchte, die an die diesjährige Reise des Kaisers anknüpfen. Aber es findet nicht überall Glauben, vielmehr sind es gerade die Kreise, denen man durch ihre amtliche Stellung und durch sonstige Beziehungen zum Reichskanzler gute Informationen zutrauen darf, die sowohl die Reise des Kanzlers nach Gastein, wie die Zusammenkunft der Monarchen daselbst auf das Entschiedenste in Abrede stellen. Was den ersteren betrifft, so läßt sein körperlicher Zustand manches zu wünschen übrig und wenn auch bestimmte Reisedispositionen von demselben noch nicht gefaßt worden sind, so glaubt man doch allgemein, daß Fürst Bismarck baldigst, voraussichtlich noch vor Schluß des Reichstages, eine seiner Landbesitzungen aufsuchen und dort bis zum Herbst verweilen wird. Ueber eine Badereise ist vorläufig nichts beschlossen worden, doch ist es immerhin möglich, daß ein kurzer Aufenthalt in Kissingen erfolgen wird. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß Kaiser Wilhelm von dem Kaiser Alexander III. von Rußland unmittelbar nach dessen Ankunft in Moskau ein Telegramm erhalten hat, welches die glückliche Ankunft des Zaren in der Krönungsstadt anzeigt. Der Kaiser hat das Telegramm mit Freuden gelesen und äußerte dabei, daß er hoffe, auch die Krönung seines Großneffen werde ohne unangenehmen Zwischenfall verlaufen. Der Kaiser verfolgt mit Aufmerksamkeit und Interesse alle Vorgänge in dem östlichen Nachbarreiche und hatte vorher den Wunsch nach Gastschina gelangen lassen, ihn telegraphisch von der Ankunft des Zaren in Moskau zu benachrichtigen."

* Die Budgetcommission des Reichstags hat am Mittwoch eine ganze Reihe von Etats (Reichstag, Reichseisenbahnamt, Reichsjustizamt, Rechnungshof) erledigt, und zwar durch unveränderte Annahme der Regierungsvorlage. An einzelne Gegenstände knüpfte sich zwar ein längerer Meinungsaustausch, doch kann nicht behauptet werden, daß die Debatte den Charakter der Verschleppungstendenz getragen hätte. Im Gegentheil berechtigt der Verlauf der Sitzung zu der Annahme, daß die Commissionsverhandlungen rascher als irgend je zu Ende kommen werden. Es dürfte nicht zu kühn gewesen sein, wenn man das Ende für die übernächste Woche in Aussicht nähme. Jedenfalls steht jetzt bereits fest, daß dem Plenum bis zu dem Zeitpuncte, wo es die dringendsten übrigen Aufgaben erledigt haben wird, von Seiten der Budgetcommission Arbeitsstoff in Hülle und Fülle zugegangen sein wird. Der in einer gewissen Presse noch immer wiederkehrende Vorwurf der Verschleppung durch die Verweisung an die Commission wird also in sich zusammenfallen. — Die Commission für die Militairpensionsnovelle wird, infolge einer Anregung von Seiten der Regierung, in der nächsten Woche ihre Arbeiten wieder aufnehmen. — Am Dienstag Abend war die Commission zur Berathung der Zuckersteuervorlage und des vom Abg. Ausfeld und Genossen eingebrachten Antrags zu einer Sitzung versammelt, um den Bericht des Referenten entgegen zu nehmen. Der Bericht wurde ohne erhebliche Abänderungen von der Commission festgestellt, und wird in den nächsten Tagen den Mitgliedern des Reichstags vorgelegt werden.

* Aus Berlin wird uns vom Mittwoch geschrieben: „Gestern hielt hier der Verein der Berliner Centrumspartei nach langer Zeit einmal wieder eine seiner Sitzungen ab. Durch die Balancier-Politik des Centrums ist der Verein letzthin in ungewohnte Bahnen gedrängt worden und hat die Fühlung mit der Centrumsfraction völlig verloren. Ein Hauptgrund für diesen Umstand liegt darin, daß der Verein mit dem vom Centrum in Acht und Bann erklärten Dr. Cremer durch Dick und Dünn ging. Der Vorsitzende des Vereins vermochte nicht, in seinem Vortrage die Hilflosigkeit des Berliner Centrumsvereins zu verdecken. Herr Legationsrath von Kehler und andere Vorstandsmitglieder haben dem Verein den Rücken gekehrt, auch der Fürstbischof Herzog hat sich geweigert, eine vom Verein an ihn abgesandte Deputation zu empfangen. Auch in finanzieller Beziehung steht es um den Verein höchst traurig. Der ehemalige Vorstand des Vereins hat Bücher für sich behalten, ein dieserhalb gegen das Vorstandsmitglied Herrn Barth angestrengter Proceß hat (wie es heißt) einen für den Verein unglücklichen Ausgang genommen, der Verein wurde mit seiner Klage nicht nur abgewiesen, sondern auch in die Kosten verurtheilt. Das vorhandene Deficit soll durch freiwillige Gaben gedeckt werden. Merkwürdigerweise aber hat sich an dieser Deckung und an den Vereinsangelegenheiten überhaupt Herr Cremer in letzter Zeit nicht mehr betheiligt. Eine Annäherung an das Centrum hat diese Zurückhaltung natürlich nicht zu bedeuten. Der Verein hat Herrn Cremer seine Dienste geleistet und weiter braucht es eben nichts."

* Das preußische Herrenhaus beschäftigt sich augenblicklich mit großem Eifer mit den Verwaltungsgesetzen. Es ist bemerkenswerth, daß Herr von Puttkamer diesen Arbeiten der Commission mit außerordentlicher Pünctlichkeit beiwohnt, da man daran am besten erkennen kann, wie wichtig die Beschlüsse der ersten Kammer für ihn sind. Nicht als ob wir auch glaubten, daß die Stellung des Ministers des Innern bereits in dem Grade erschüttert wäre, wie es sensationslüsterne Blätter behaupten, wenn die Beschlüsse des Herrenhauses eine abermalige Berathung im Abgeordnetenhause nothwendig machen sollten, aber es ist natürlich, daß Herrn von Puttkamer viel daran gelegen ist, dies sein eigenstes Werk endlich gekrönt zu sehen. Die Mittheilungen, daß es an Gegnern der Verwaltungsgesetze im Herrenhause nicht fehle, sind durchaus zutreffend, doch dieselben haben erklärt, die Gesetze in der Hauptsache unverändert anzunehmen. Eine wesentliche Veränderung des §. 28 des Organisationsgesetzes ist allerdings heute beschlossen worden. Doch kommt dieselbe nicht unvorbereitet. Bei der dritten Lesung im Abgeordnetenhause hat Herr von Wedell-Piesdorf sie bereits angekündigt, als er den Wunsch aussprach, dem Präsidenten einen generellen Vertreter zu geben. Damals wurde der Wunsch des conservativen Abgeordneten liberalerseits als ein axis an lectour für die dritte Lesung bezeichnet und man hat sich in dieser Annahme nicht getäuscht. Mit acht gegen sechs Stimmen ist diese Veränderung in der Commission des Herrenhauses beschlossen worden. Ob sie auch im Abgeordnetenhause angenommen werden wird, darf man nach den Erklärungen der Liberalen und des Herrn Dr. Brüel, des Wortführers des Centrums in dieser Frage, immerhin bezweifeln.

* Die „Provinzial-Correspondenz" knüpft an den Abdruck der kirchenpolitischen Note vom 5. Mai noch folgende Auseinandersetzungen:

„Die Note vom 5. Mai enthält die Antwort auf die letzten Vorschläge des Cardinal-Staatssecretairs. Diese Antwort der Königlichen Regierung constatirt, daß die Erfüllung der Anzeigepflicht von der Curie im Princip zugestanden worden. Ihrem bisher eingenommenen Standpuncte gemäß beharrt die Regierung indessen darauf, daß mit der Erfüllung der Anzeigepflicht ein Anfang gemacht und daß erst nach Erfüllung dieser Vorbedingung zu denjenigen Umgestaltungen der sogenannten Maigesetze geschritten werden solle, deren es zur völligen Herstellung des kirchenpolitischen Friedens bedarf. Um der Curie den in Rede stehenden Schritt zu erleichtern und um einen neuen Beweis ihrer versöhnlicher und entgegenkommenden Absichten zu geben, ist die Staatsregierung aber bereit, die Anzeigepflicht zu modificiren. Diese Pflicht soll sich unter Beseitigung des kirchlichen Gerichtshofs auf dem Gebiete der Anzeigepflicht auf die Benennung der Inhaber mit Seelsorge verbundener Benefizien und der höheren Kirchenämter erstrecken, die Ernennung der nicht benefizirten Geistlichen dagegen von dieser Bedingung befreit und dadurch die Möglichkeit ungehinderten Messelesens und Spendens der Sakramente bereits gegenwärtig hergestellt werden.

Danach liegen die noch obwaltenden Differenzpuncte ebenso klar zu Tage, wie die Berührungspuncte. Die Auffassung, als ob einer weiteren Revision der kirchenpolitischen Gesetze durch das in Aussicht gestellte sofortige Zugeständniß präjudizirt und als ob lediglich gewährt werden solle, was bereits in dem Entwurf zum Gesetz vom 31. Mai v. J. vorgesehen worden, — erscheint ebenso unbegründet, wie der Vorwurf, die Regierung habe ihren früher eingenommenen Standpunct verleugnet und eine Schwenkung vorgenommen. Der gemachte Vorschlag bezieht sich allein auf das erste Stadium der Sache, d. h. auf die Ausführung der Anzeigepflicht, und hat mit der Frage der künftigen Gestaltung des sonstigen Inhaltes der kirchenpolitischen Gesetze an und für sich nichts zu thun. Er enthält aber mehr, als in den Art. 4 und 5 des Gesetzentwurfs vom 14. Januar geboten worden war. Nicht nur für „bestimmte Bezirke" nicht „widerruflich" und nicht erst nach vorgängiger Beschlußfassung durch das Staatsministerium, sondern für den gesammten Umfang der Monarchie, dauernd und für alle nicht benefizirten Hülfsgeistlichen soll, von dem gesetzlichen Erforderniß der vorgängigen Anzeige abgesehen, also eine wesentlich neue, organisatorische Umgestaltung der Anzeigepflicht geschaffen werden. Die Absicht dieses wichtigen Zugeständnisses aber richtet sich darauf, der Curie einen Schritt zu erleichtern, bei die Weiterverfolgung des zum Ziele allendlicher Verständigung führenden fernern Weges ermöglichen soll.

Braucht noch besonders nachgewiesen zu werden, daß die Regierung an dem Grundsatze des „Pari passu" auch gegenwärtig festgehalten hat, und daß der in der Note vom 5. Mai enthaltene Vorschlag mit einem Wechsel des ein Mal eingenommenen Standpuncts nichts gemein hat? Wenn heute mehr geboten wird, als vor Jahresfrist, so liegt der Grund dafür auf der Hand. Damals handelte es sich um eine rein interne Maßregel, welche auf die Entschließungen der Curie möglichster Weise ohne Einfluß bleiben konnte, gegenwärtig um einen Vorschlag, welcher eine Gegenleistung, nämlich die Erfüllung einer Vorbedingung für fernere Festsetzungen voraussetzt. Die von der Curie geforderte Leistung wird auf das Maß des Thunlichen herabgesetzt, an dieser Leistung aber festgehalten und hinzugefügt, daß für den Fall der Nichterfüllung derselben die Eventualität einer von weiteren Verhandlungen unabhängigen, rein staatlichen Revision der kirchenpolitischen Gesetzgebung ins Auge gefaßt worden sei.

Damit sind die Bedingungen einer zugleich versöhnlichen und festen Politik vollständig und nach allen Seiten erfüllt. Weder kann von den Vertretern des Interesses der Kirche bestritten werden, daß die Staatsregierung bis an die äußerste Grenze des von ihr stets festgehaltenen Standpunctes gegangen ist, — noch wird für einsichtige Vertheidiger des wahren Staatsinteresses Grund zu Befürchtungen vor einer Verlegung dieses Standpunctes übrig bleiben.

Nach neueren Nachrichten ist die Antwort des Cardinal-Staatssecretairs auf die Note vom 5. Mai dem preußischen Gesandten in Rom bereits überreicht worden. Der diesseitige Standpunct ist in dem vorliegenden Actenstück so deutlich zum Ausdruck gebracht worden, daß die Möglichkeit einer mißverständlichen Auffassung ausgeschlossen scheint."

* Die „Provinzial-Correspondenz" enthält an der Spitze einen Artikel über die Kaiserkrönung in Moskau. Am Schlusse desselben heißt es: „Seit dem Tage der Uebernahme der Regierung seines weiten Reiches hat Kaiser Alexander III. die Erhaltung des äußeren Friedens als Bedingung der inneren Wohlfahrt Rußlands angesehen und diese Auffassung durch eine Politik bethätigt, deren Verdienst um die Lösung der während der beiden letzten Jahre schwebend gewesenen Fragen allseitig anerkannt worden ist. Wenn sich die Wünsche unseres Volkes für die fernere Wohlfahrt Rußlands und seines Herrschers mit denjenigen der übrigen Völker vereinigen, so geschieht das in dem Bewußtsein, daß die Interessen Rußlands mit denjenigen der friedlichen Entwickelung des übrigen Europas auf's Engste verbunden sind. Die Anschauung, nach welcher die wahrhaft nationale Entwickelung eines Volksthums feindlichen Gegensatz zu den übrigen Nationalitäten bedingt, wird heute nur noch von einer beschränkten Anzahl von Fanatikern